

Niederamt

KKWs, Hochwasser und Überschüsse

Däniken Podium mit Nationalratskandidatinnen und -kandidaten förderte interessante Statements zutage

Anlässlich eines Politpodiums im Informationspavillon des KKW Gösgen-Däniken bezogen fünf Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat Stellung zu Sachthemen, die teilweise auch das Niederamt stark betreffen. Eingeladen hatten die Däniker Ortsparteien der CVP, der FdP und der SVP.

Rund 50 Politinteressierte erschienen am Donnerstagabend zum Politpodium im Informationspavillon des KKW Gösgen-Däniken, zu welchem die Däniker Ortsparteien der CVP, der FdP und der SVP eingeladen hatten. Den Fragen von OT-Redaktor Christian von Arx stellten sich die Nationalratskandidierenden und aktuellen Nationalräte Elvira Bader (CVP, Mümliswil), **Bea Heim** (SP, Starrkirch-Wil), Rudolf Steiner (FdP, Lostorf), Walter Wobmann (SVP, Gretzenbach) sowie Kantonsrätin Iris Schelbert (Grüne, Olten).

Neue KKWs oder Alternativen?

Passend zum Veranstaltungsort, konnten die Kandidatinnen und Kandidaten gleich mal Stellung zur Frage beziehen, ob es neue KKWs benötigt oder nicht. Auf der Befürworterseite zu finden waren die bürgerlichen Vertreter. Rudolf Steiner etwa meinte, man wolle eine CO₂-freie Stromproduktion und keine Abhängigkeit vom Ausland. Für die effiziente Nutzung alternativer Energieformen würden derzeit die Technologien fehlen. Walter Wobmann sprach sich klar für neue KKWs aus, denn es gelte, Energielücken zu schliessen, die bisherigen Meiler zu ersetzen und drohende Stromlücken zu schliessen. Und Elvira Bader wollte neue KKWs nur als Ersatz für bestehende sehen. Sie fand, dass die Nutzung von Alternativenergien «zu ambitioniert» sei, und auch sie wollte keine Abhängigkeit vom Ausland provoziert sehen.

Anders die Vertreterinnen der Linken: **Bea Heim** hob zwar die Sicherheit gerade des KKW Gösgen-Däniken hervor, kritisierte aber den Stand-by-Verbrauch der elektronischen Geräte und glaubte, dass mit der Förderung von Alternativenergien wie Solaranlagen und Windkraftwerken zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten: «Es wäre schön, wenn auf jedem Haus eine Solaranlage montiert werden könnte». Iris Schelbert, die einst «aus Angst» gegen Gösgen-Däniken demonstriert hatte, war natürlich klar gegen die Kernenergie und will mit erneuerbaren Energien Unabhängigkeit in der Versorgung erreichen. Dies sei «zwar ambitioniert, aber machbar», glaubte sie.

Hochwasserschutz verbessern

Aus aktuellem Anlass (Hochwasser vom 8. und 9. August) aufs Tapet kam auch die Frage, ob sich der Bund vermehrt für den Hochwasserschutz einsetzen solle. Im Grundsatz bejahten dies alle Kandidierenden, wobei Steiner vorrechnete, dass der Bund sich diesbezüglich «noch nie vor der Verantwortung gedrückt hat» und in den Jahren 2006 bis 2008 gesamthaft rund 600 Mio. Franken bewilligt habe, beziehungsweise noch bewilligen werde. Die Prüfung liege derzeit beim Departement für Umwelt und Verkehr (Uvek). Er räumte ein, dass diesbezüglich früher gesündigt worden sei, und auch Schelbert bezeichnete die Ursachen für die vielen

Hochwasser angesichts des CO₂-Ausstosses als «hausgemacht». Sie will, wie **Heim** auch, vermehrt Flüsse und Bäche renaturiert sehen, Schwemmflächen vorsehen und zusätzlich die CO₂-Abgaben nach dem Verursacherprinzip geregelt sehen.

Bader bekannte, sie setze sich in «Bundesbern» schon lange für Umweltschutzprojekte ein und forderte, der Bund müsse vermehrt den entsprechend gefährdeten Regionen Geld zur Verfügung stellen. Sie hielt fest, dass die entsprechenden Analysen gemacht seien, wohingegen **Heim** forderte, dass sämtliche Gemeinden zuerst endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und Gefahrenkarten erstellen müssten. Wobmann schliesslich räumte auch ein, dass in der Vergangenheit Fehler passiert seien, und obschon seine Partei immer wieder zum Sparen mahne, «bin ich der Letzte, der sich gegen Finanzierungen von Hochwasserschutzmassnahmen stellt. Nur sollen zuerst die Analysen gemacht werden, und dann will ich konkrete Projekte sehen».

Wie Überschüsse verwenden?

Die Frage nach der Verwendung der Überschüsse bei den Bundesfinanzen beantworteten alle sinngemäss so, dass man zu den Bundesgeldern auch weiterhin Sorge tragen soll. «Seit 1848 ist dies das erste Mal gewesen, dass wir Überschüsse in der Staatskasse haben, gleichzeitig Schulden abbauen und Ausgaben bremsen konnten», meinte etwa Steiner, der eine Flat Tax als «Diskussionsgrundlage» sieht. Bader möchte weiterhin «budgetgetreu» politisieren und dabei, so weit wie möglich, die Familien entlasten. Davon verspricht sie sich auch mehr Kinder. Wobmann möchte weiter Schulden abbauen, auf die Ausgabenbremse treten sowie «Abgaben- und Gebührenerhöhungen bekämpfen».

Heim möchte die Überschüsse «geschickt investieren» und vertrat die Ansicht, dass zu wenig Mittel für die Bildung zur Verfügung gestellt würden, was bei den bürgerlichen Kandidierenden Murren hervorrief. Gleichzeitig sollten ihrer Ansicht nach kleinere und mittlere Einkommen entlastet und mit den Geldern neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Schelbert schliesslich erklärte knapp, sie sei für Individualbesteuerung und eine schweizerische Steuerharmonisierung sowie gegen degressive Steuern und Steuerrabatte auf Aktienbesitz.

Nach einer angeregten Diskussionsrunde (siehe Kontext) konnte zum Apéro übergegangen werden, wo die politischen Fragen noch auf bi- oder multilateralem Weg weiter erläutert wurden.

Pro Eppenbergtunnel-, contra Wisenberggtunnel?

Die Frage, ob und in welcher Form die Bahninfrastruktur noch weiter ausgebaut werden soll, förderte unterschiedliche Standpunkte zu Tage. Schelbert möchte am liebsten das gesamte Bahnnetz so ausbauen, «dass die Lastwagen von der Strasse wegkommen und die Staus auf der Autobahn verschwinden». Auch **Heim** möchte am liebsten beides haben: Den Eppenbergtunnel und den Wisenberggtunnel. Sie möchte einen «intelligenten» zweiten Juradurchstich und forderte die frühzeitige Sicherstellung seiner Finanzierung. Die bürgerlichen Seiten hingegen sprachen sich klar für den Eppenbergtunnel aus, dessen Finanzierung, so Steiner «so gut wie gesichert ist», und ebenso klar gegen einen Wisenberggtunnel, dessen Portal wohl zwischen Mahren und Lostorf zu stehen käme und Steiner ob der entsprechenden Aargauer Standesinitiative «Pro Wisenberggtunnel» in Rage versetzte. Bader hielt fest, ein Wisenberggtunnel sei ob der fehlenden Finanzierung «Wunschdenken», und Wobmann, der die konsequente Machbarkeit der Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene

grundsätzlich anzweifelte, rechnete vor, dass die gegenwärtigen Bahnprojekte sowieso schon viel teurer seien als veranschlagt und das Parlament darüber hinaus schon dabei sei, «auch noch Anschlussprojekte im Ausland zu finanzieren». Den Wisenbergtunnel brauche es «klar nicht». (bw)

Ausländer: Integration via Landessprache

Das letzte Thema des Abends war gleichzeitig das emotionalste: Auf die Frage der Massnahmen für die Förderung der Integration von Ausländern waren sich alle einig: Das Erlernen einer Landessprache ist zwingend notwendig. Dies erkannte auch Schelbert, welche selbst in Däniken Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder erteilt. Steiner hielt fest, dass der Bund mit dem neuen Ausländerrecht bereits entsprechende Weichen gestellt habe und sonst schon «sehr viel tut». Das Problem sei einzig, dass niemand kontrolliere, ob die gesprochenen Mittel zur Förderung des Deutschunterrichts auch Früchte trügen. Bader forderte entsprechend eine Leistungsvereinbarung, in welcher sich Ausländer zur Erlernung der Sprache verpflichten. **Heim** mahnte, man müsse den Leuten auch die notwendige Zeit dazu lassen und wollte die Wirtschaft in die Verantwortung gezogen sehen. «Hier können wir noch viel mehr tun.» Für Wobmann schliesslich ist es «im Ausland eine Selbstverständlichkeit, dass sich Ausländer integrieren, nur bei uns nicht». Er stellte fest, dass viel für die Integration getan werde, «aber alles hat seine Grenzen».

Dieser Ansicht waren in der anschliessenden Diskussionsrunde auch viele Gäste, die sich für Schelberts Vorschlag, Ausländer der zweiten Generation erleichtert und jene der dritten Generation automatisch einzubürgern, nicht sehr begeistern konnten. Zu reden gab auch die «Schäfchen»-Plakatkampagne der SVP, welche insbesondere **Bea Heim** erschütterte. «Man muss das Recht durchsetzen, aber nicht so», fand sie. Und ein Votant meinte, Ausländerkriminalität sei bloss die Folge falscher Kindererziehung. «Man sollte die Gofen disziplinieren», fand er. (bw)